

Niederschrift Nummer UKS/12/014

Gremium	Sitzung am
Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz	14.03.2024

Sitzungsort	Sitzungsdauer
Ratssaal des Ratstraktes	17:00 - 18:25 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender: Thomas Grziwotz

Schriefführer: Norman Raupach

Teilnehmer	Funktion
------------	----------

Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Frau Sandra Hagen	ordentl. Mitglied	
Frau Brigitte Matiak	Ratsmitglied	Vertretung für Frau Martina Eickhoff und Herrn Kay Schulte
Herr Dennis Riller	ordentl. Mitglied	
Herr Christoph Turk	ordentl. Mitglied	
Frau Manuela Veit	ordentl. Mitglied	
Frau Sabrina Wernau	ordentl. Mitglied	

Christlich Demokratische Union

Frau Susanne Eisenhuth	ordentl. Mitglied	
Herr Pascal Gansen	ordentl. Mitglied	
Herr Alexander Glienke	ordentl. Mitglied	
Herr Tobias Hindemitt	Ratsmitglied	Vertretung für Herrn Marco Morten Pufke und Herrn Thomas Heinzl
Herr Stefan Rennhak	ordentl. Mitglied	

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Harald Brückner	ordentl. Mitglied
Herr Thomas Grziwotz	Vorsitzender
Herr Normann Kirschberg	ordentl. Mitglied

BergAUF

Herr Werner Engelhardt	ordentl. Mitglied
------------------------	-------------------

Freie Demokratische Partei

Herr Stefan Heßler	ordentl. Mitglied
--------------------	-------------------

Beratende Mitglieder gem. § 58 Abs. 1 S. 7-9 GO NRW

Frau Nicole Schröder-Bungard	ber. Mitglied
------------------------------	---------------

Von der Verwaltung nehmen teil

Herr Norman Raupach	Schritfführer
Herr Jens Toschläger	Technischer Beigeordneter

Entschuldigt fehlen

Frau Martina Eickhoff	ordentl. Mitglied
Herr Andréé Haut	ordentl. Mitglied
Herr Thomas Heinzl	stv. Mitglied
Herr Rüdiger Hoffmann	stv. Mitglied
Herr Marco Morten Pufke	stv. Vorsitzender
Herr Kay Schulte	stv. Mitglied

Der Vorsitzende stellt fest, dass der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz ordnungs- und fristgemäß eingeladen wurde und beschlussfähig ist.

Es wird folgende Tagesordnung beschlossen und verhandelt:

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

1	Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 15.02.2024 hier: Aktionsprogramm natürlicher Klimaschutz - Förderrichtlinie "Natürlicher Klimaschutz in Kommunen"	12/1265
2	Sachstandsbericht zur fortlaufenden Überarbeitung des Integrierten Klimaschutzkonzeptes	12/1266
3	Sachstandsbericht zur Aufstellung und Tätigkeiten der Stabsstelle Klimaschutz und Mobilität	12/1267
4	Einführung einer neuen Förderrichtlinie für Stecker-Solargeräten: "Förderprogramm Stecker-PV"	12/1268
5	Einführung einer Förderrichtlinie für Photovoltaikanlagen "Förderprogramm Solar-Dach-Bergkamen"	12/1269
6	Einwohnerfragestunde	
7	Anfragen und Mitteilungen	

Vor Eintritt in die Beratung der Tagesordnung weist der Vorsitzende auf die Bestimmungen der §§ 43 Abs. 2 und 31 GO NRW hin.

Es erklärt sich kein Mitglied für befangen.

Öffentlicher Teil:**Tagesordnungspunkt 1:**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 15.02.2024
hier: Aktionsprogramm natürlicher Klimaschutz - Förderrichtlinie
"Natürlicher Klimaschutz in Kommunen"
Vorlage: 12/1265

Nach Vorstellung der Tagesordnung übergibt der Ausschussvorsitzende unmittelbar an Herrn Brückner, welcher die Wichtigkeit des Klimaschutzes betont und den schnellen Beschlussvorschlag der Verwaltung lobt. Es wurde angemerkt, dass öffentliche Mittel, die zur Verfügung gestellt werden, mit dritten Institutionen (Stadtwerke, Kirche, kommunale Wohnungsunternehmen, Vereine) in Kooperation verwendet werden könnten.

Herr Toschläger bedankt sich für die lobenden Worte zur Verwaltung und erläutert, dass Kooperationen mit Dritten bereits an einigen Stellen durchgeführt werden. Für die Verwaltung würde jedoch eine verpflichtende Kooperation mit Dritten sehr viele Kapazitäten binden. Das Förderprogramm soll insbesondere darauf überprüft werden, ob und in welcher Form Fördermittel für zusätzliche Personalressourcen im Grünwesen abgerufen werden können. In der nächsten Ausschusssitzung vom 20.06.2024 sollen erste Handlungsschritte vorgestellt und künftige Bausteine besprochen werden.

Herr Engelhardt begrüßt die Prüfung des Förderprogramms, gibt aber zu bedenken, dass ein Umdenken stattfinden muss. Natürlicher Klimaschutz soll nicht weiterhin in Form von neuen Baugebieten und Baumfällung zerstört werden. Die Verwaltung möge prüfen, ob das Gelände der ehemaligen Turmarkaden als zukünftige begrünte Stadtmitte mit dem Hintergrund des Klimaschutzes genutzt werden könne.

Herr Toschläger erklärt, dass das Förderprogramm KRIS bereits mit einer eigenen Projektgruppe an den Vorbereitungen der Ausschreibung arbeitet und anhand der Bedarfsplanung ein Leistungsverzeichnis erstellt. Das Gelände der ehemaligen Turmarkaden fällt in einen Betrachtungsraum innerhalb dieses Förderprogrammes. Angesichts der Tatsache, dass die Fläche mindestens fünf Hektar groß sein muss, wird das weitere Rathausumfeld mit in die Betrachtung einbezogen.

Herr Brückner nimmt den Beschlussvorschlag der Verwaltung an und stellt den eigenen Antrag zurück.

Herr Toschläger unterbreitet den Vorschlag, zu der Verwaltungsvorlage noch die unverbindliche Besprechung mit Dritten aufzunehmen und um diesen Punkt zu ergänzen.

Der Ausschussvorsitzende stellt nachfolgend den Beschlussvorschlag der Verwaltung zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz der Stadt Bergkamen nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung auf Grundlage des Antrags der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 15.02.2024 in folgenden Punkten:

- Die Verwaltung wird beauftragt, kurzfristig zu prüfen, welche von Seiten der Stadt bereits geplanten und noch zu entwickelnden Maßnahmen zum Klimaschutz durch die Förderrichtlinie „Natürlicher Klimaschutz in Kommunen“ des Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV) gefördert werden können.
- Die Verwaltung berichtet dem Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz erstmalig in der Sitzung am 20. Juni 2024, welche Maßnahmen sie geprüft und entwickelt hat und für welche Maßnahmen Förderanträge gestellt wurden. Darüber hinaus berichtet die Verwaltung dem Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz fortlaufend über weitere Maßnahmen, für welche im Rahmen dieser Förderrichtlinie Fördermittel beantragt werden.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

Tagesordnungspunkt 2:**Sachstandsbericht zur fortlaufenden Überarbeitung des Integrierten Klimaschutzkonzeptes
Vorlage: 12/1266**

Herr Toschläger berichtet dem Gremium, dass ein erneuter Wechsel der Projektleitung des externen Beauftragten Energielenker, zu bestehenden Verzögerungen geführt habe. Nach Rücksprache mit dem zuständigen Ansprechpartner, wurde der Abschlussbericht verbindlich bis zur nächsten Ausschusssitzung am 20.06.2024 zugesagt.

Herr Hindemitt bittet um Erläuterung, mit wie viel Vorlauf zum nächsten Sitzungstermin mit dem Klimaschutzkonzeptes zu rechnen sei.

Herr Raupach antwortet, dass ca. drei bis vier Wochen vor dem nächsten Sitzungstermin das vollständige Klimaschutzkonzept dem Ausschuss zur Verfügung gestellt werden soll.

Herr Brückner erfragt ob der Verwaltung schon Teile des Klimaschutzkonzeptes vorliegen, um bereits Teilbereiche in die Arbeit der Stabsstelle Klimaschutz und Mobilität mit einfließen zu lassen.

Herr Toschläger berichtet, dass aufgrund der Wichtigkeit des Klimaschutzes, die Verwaltung mit dem Unternehmen Energielenker in ständigem Austausch stehen und es eine gemeinsame Definition der Inhalte gibt. Im Hinblick auf die Zeitschiene fließen derzeit schon Teilergebnisse des Klimaschutzkonzeptes in die tägliche Arbeit der Stabsstelle Klimaschutz und Mobilität ein.

Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz der Stadt Bergkamen nimmt den Bericht und die Vorlage der Verwaltung zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis: Kenntnisnahme

Tagesordnungspunkt 3:**Sachstandsbericht zur Aufstellung und Tätigkeiten der Stabsstelle Klimaschutz und Mobilität**

Vorlage: 12/1267

Herr Raupach gibt anhand eines Organigramms einen kurzen Einblick in die Arbeit der Stabsstelle Klimaschutz und Mobilität.

Es werde voraussichtlich ab April die Verwaltungsstelle in der Stabsstelle Klimaschutz und Mobilität besetzt. Diese soll zukünftig in allen Verwaltungsaufgaben die Stabsstelle bei den aktuellen und kommenden Projekten unterstützen.

Die Stelle des Klimaschutzmanagers wird zukünftig neu ausgeschrieben. Auch wenn das Klimaschutzmanagement derzeit nicht direkt besetzt ist, werden die Projekte rund um den Klimaschutz trotzdem von der Stabsstelle übernommen und es wird mit Hochdruck an dem überarbeiteten integrierten Klimaschutzkonzept gearbeitet.

Das Energetische Quartierskonzept für das Gestaltungssatzungsgebiet Rünthe Beverstraße wurde Ende 2022 auch an Energielenker vergeben. Im Zuge dieser Zusammenarbeit wurden vor Ort fünf Bestandsimmobilien im Hinblick auf die Bausubstanz begutachtet. Im Nachgang wurden für zwei exemplarische Gebäudetypen von der Firma Energielenker Sanierungsratgeber erstellt. Diese können jedoch erst an die Anwohner ausgegeben werden, wenn die Gestaltungssatzung vor Ort geändert wird. Sinnvolle Sanierungsmaßnahmen können mit der derzeitigen geltenden Gestaltungssatzungsordnung nicht umgesetzt werden. Sowohl die Untere Denkmalbehörde als auch das Klimaschutzmanagement sind momentan personell nicht besetzt, deshalb wird die Umsetzung noch ein wenig Zeit in Anspruch nehmen. Trotzdem soll das energetische Quartierskonzept schnellstmöglich in die Umsetzung gehen und auch die Implementierung eines Sanierungsmanagements soll den Bürgerinnen und Bürgern helfen ihren Gebäudebestand mit der Hilfe eines externen Beraters energetisch zu sanieren.

Herr Toschläger ergänzt zum Energetischen Quartierskonzept, dass die bestehenden Gestaltungssatzungen nicht als Verbotsatzungen verstanden werden sollen. Es besteht die Möglichkeit Beratungsangebote zu diversen Umgestaltungsmaßnahmen in Anspruch zu nehmen. Auch wenn die Maßnahmen nicht explizit in der Gestaltungssatzungsordnung aufgeführt sind, können die Eigentümer ins Handeln kommen.

Herr Raupach berichtet weiter, dass die Thematik der Kommunalen Wärmeplanung zukünftig ein wichtiges Themengebiet der Stabsstelle sein wird. Im vergangenen Jahr wurde bereits ein Förderantrag über 80% für die Erstellung eines Kommunalen Wärmeplanes gestellt. Die Stadt Bergkamen ist verpflichtet aufgrund ihrer Einwohnerzahl bis zum Jahre 2028 mit der Umsetzung zu beginnen. Der Bescheid wird noch erwartet. Mit den Gemeinschaftsstadtwerken wird derzeit ein Leistungsverzeichnis für den künftigen Auftragsnehmer ausgearbeitet.

Herr Engelhardt erfragt, ob es bereits Erfahrungswerte bei anderen Kommunen im Bereich der Kommunalen Wärmeplanung gibt, um mögliche Synergieeffekte nutzen zu können.

Herr Toschläger berichtet, dass es bereits Synergieeffekte mit der Stadt Kamen, Bönen und den Gemeinschaftsstadtwerken gibt. Jedoch wird hier, begründet durch unterschiedliche Ausgangssituationen, eine differenzierte Herangehensweise zwischen den einzelnen Akteuren deutlich. Bei der letzten Baudezernentenkonferenz des Kreises wurde angedacht, dass die Kommunale Wärmeplanung über den Kreis zentral gesteuert werden soll. Hierbei müssten jedoch die verschiedenen Stadtwerke und deren unterschiedlichen Ausrichtungen berücksichtigt werden. Ab Bewilligungsbescheid des Förderantrages muss die Kommunale Wärmeplanung binnen 12 Monaten erfolgreich umgesetzt werden.

Ein weiteres Themengebiet der Stabsstelle umfasst das Projekt Klimafit. Herr Raupach berichtet, dass sich jeder Bergkamener Bürger bei diesem Projekt für einen geringen Beitrag anmelden und an Schulungen zum Thema Klimaschutz teilnehmen kann. Hierbei soll die Notwendigkeit des Klimaschutzes nähergebracht und die Bürgerschaft für die Thematik sensibilisiert werden.

Im Weiteren erläutert Herr Raupach die aktuellen Projekte der Mobilitätsmanagerin Carina Steffens. Der ZOB Bergkamen soll als Mobilstation einheitlich kenntlich gemacht und weitere Angebote sollen integriert werden. Somit hätte Bergkamen die erste Mobilstation des Kreises und würde als Modell fungieren. Weitere Details werden in der kommenden Ausschusssitzung bei der finalen Planung vorgestellt.

Das Schulische Mobilitätsmanagement wird aktiv ausgebaut und die Zusammenarbeit mit den Schulen im Stadtgebiet soll intensiviert werden. Hierbei liegt ein besonderes Augenmerk auf den Elterntaxen.

Zukünftig möchte Herr Raupach das Fördermittelmanagement intensiver in die Stabstelle Klimaschutz und Mobilität implementieren. Es sollen neue Förderkulissen gesucht, aufgezeigt und abgerufen werden. Der Klimaschutz soll somit weiter in das Verwaltungshandeln integriert werden.

Herr Raupach informiert über das Vorhaben einer gesamtstädtischen Mobilitätsstrategie. Hierbei soll eine Strategie entwickelt werden, um den umweltschonenden Verkehr zu fördern. Gemeinsam mit der Bürgerschaft und dem Ausschuss soll eine Vision entwickelt werden, wie sich der zukünftige umweltschonende Verkehr in Bergkamen entwickeln soll und welche Maßnahmen der Verkehrsentwicklung dafür notwendig sind.

Herr Grziwotz fragt nach, ob für die Fördermittelakquise die jeweiligen Ämter auf die Stabsstelle zukommen oder ob hier aktiv nach Fördermitteln angefragt werden muss.

Herr Raupach antwortet, dass die Suche nach geeigneten Fördermitteln bei den Akteuren liegt und hier eng mit dem Baubereich zusammengearbeitet wird, um geeignete Förderprogramme zu stellen.

Herr Engelhardt merkt an, dass die Frage des Bahnanschlusses für die gesamtstädtische Mobilitätsstrategie von Bedeutung ist. Es wird die Frage gestellt, ob dieser in der Planung einer gesamtstädtischen Mobilitätsstrategie Beachtung finden wird.

Herr Toschläger befürwortet einen Bahnanschluss, jedoch gestaltet sich eine Abstimmung mit allen Akteuren als herausfordernd. Augenmerk wird zukünftig stark auf dem ZOB und dem ÖPNV-Busnetz liegen.

Herr Hindemitt fragt nach, inwieweit das Klimaschutzmanagement als Vorbild der Verwaltung fungiert und wie auf andere Ämter zur Informationsvermittlung zugegangen wird.

Herr Raupach antwortet, dass aktiv auf andere Ämter zugegangen werde. Zukünftig will die Stabsstelle sich noch intensiver in die Verwaltung einbringen. Auch wird die Vorbildfunktion der Verwaltung ein neues Handlungsfeld im bearbeiteten Klimaschutzkonzept darstellen.

Herr Toschläger merkt positiv an, dass die Stabsstelle Klimaschutz und Mobilität im Baudezernat angeordnet ist. Somit kann die Expertise des Klimaschutzes bei Fragen rund um den CO₂-Footprint direkt eingebunden werden. Des Weiteren soll eine neu besetzte Stelle im Hochbau sich zukünftig mehr mit dem Kommunalen Energiemanagement befassen. Diese Fachexpertise soll auch die infrastrukturelle Betrachtung der Liegenschaften stärker in den Fokus rücken.

Herr Riller betont die Relevanz der Zuordnung der Stabsstelle Klimaschutz und Mobilität. Klimaschutz habe sowohl in der Politik als auch in der Verwaltung Priorität. Zukünftig sollen die Projekte anhand von Messbarkeiten abgebildet werden, um eine Entwicklung zu erkennen.

Herr Raupach merkt an, dass die Stelle des Klimaschutzmanagers zukünftig unbefristet ausgeschrieben werden soll, damit diese langfristig im Stellenplan verankert ist.

Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz des Rates der Stadt Bergkamen nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis: Kenntnisnahme

Tagesordnungspunkt 4:**Einführung einer neuen Förderrichtlinie für Stecker-Solargeräten: "Förderprogramm Stecker-PV"****Vorlage: 12/1268**

Herr Raupach berichtet, dass die Förderrichtlinie aufgrund des Antrages der SPD-Fraktion nochmal aufgesetzt wurde. Im vergangenen Doppelhaushalt wurden insgesamt vier Förderprogramme aufgestellt. Laut Evaluation ist das Thema Stecker-Solargeräte am erfolgreichsten von der Bürgerschaft angenommen worden. Die Anfrage nach Förderanträgen ist über den Förderzeitraum hinweg groß. Begründet durch die derzeitigen geringeren Anschaffungskosten der PV-Anlagen, wurde der Förderbeitrag auf 150 Euro pro Wohnung festgelegt.

Herr Hindemitt spricht sich sowohl gegen die Förderrichtlinie für Stecker-Solargeräte als auch gegen die Einführung einer Förderrichtlinie für Photovoltaikanlagen aus.

Herr Riller bedauert jegliche Ablehnung gegenüber den geplanten kommunalen Förderprogrammen und fühlt sich jedoch weiterhin bestätigt die Bevölkerung, die keine Möglichkeit zu großen PV-Anlagen auf dem Dach hat, in den Klimaschutz zu integrieren.

Herr Heßler hinterfragt das Förderprogramm und vermutet lediglich eine Aufschiebung der Anschaffung der Stecker-PV Anlagen, durch das genannte Förderprogramm.

Herr Engelhardt betont die Dringlichkeit, die Bevölkerung für den Klimaschutz zu sensibilisieren und sieht die neue Förderrichtlinie als Anreiz die Bevölkerung zu motivieren, sich für die Einsparung von CO₂-Emissionen einzusetzen.

Herr Brückner befürwortet ebenfalls das Förderprogramm und erachtet auch die soziale Komponente als wichtig. Somit können sich auch nicht gut situierte Bürger aktiv am Klimaschutz beteiligen. Jede zusätzliche PV- Anlage sei ein Schritt in die richtige Richtung um CO₂ -Emissionen zu reduzieren.

Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz empfiehlt dem Haupt- und Finanzausschuss und dem Rat der Stadt Bergkamen folgende Beschlussfassung

Der Rat der Stadt Bergkamen beschließt die Förderrichtlinie zur Anschaffung von Stecker-Solargeräten i.S.d. Anlage 1.

Abstimmungsergebnis: Mit Stimmenmehrheit zugestimmt
Ja 10
Nein 6

Tagesordnungspunkt 5:**Einführung einer Förderrichtlinie für Photovoltaikanlagen "Förderprogramm Solar-Dach-Bergkamen"****Vorlage: 12/1269**

Herr Raupach erklärt, dass mit Hinblick auf das Klimaschutzkonzept der Stadt Bergkamen, die private Gebäudesanierung vorangetrieben werden soll. Mit der neuen Förderrichtlinie soll der Ausbau von erneuerbaren Energien angekurbelt und die freien Dachflächen für Solarenergie im privaten Sektor genutzt werden. Die erarbeitete Fördersummenstaffelung soll keinen Mitnahmeeffekt in der Bevölkerung hervorrufen, sondern als Anreiz für die Anschaffung einer PV-Anlage dienen.

Herr Riller gibt zu bedenken, dass mit der neuen Förderrichtlinie seiner Meinung nach keine neuen Anreize für PV-Anlagen geschaffen, sondern die Anschaffung geplanter PV-Anlagen verzögert stattfinden werden. Die aktuelle Marktsituation zeige eine rückläufige Entwicklung von Photovoltaikanlagen und es sei fraglich, ob die Förderrichtlinie die Richtige Richtung sei. Die SPD-Fraktion ist generell positiv gestimmt, Anreize zu schaffen, bittet jedoch die Verwaltung die aktuelle Marktsituation im Hinblick auf die Staffelung der Förderhöhe zu berücksichtigen. Anreize sollen geschaffen und Mitnahmeeffekte vermieden werden.

Herr Heßler kritisiert die Förderbeitragshöhe und meldet Anpassungsbedarf der Vorlage an. Aufgrund der gesunkenen Anschaffungskosten der PV-Anlagen und der Förderung durch KfW sei der Bereich ausreichend gefördert. Mit der neuen Förderrichtlinie würde sich vermutlich ein Mitnahmeeffekt einstellen und es gäbe mehr Anträge als bewilligt werden könnten.

Herr Toschläger schlägt vor, dass die Verwaltung die Vorlage bis zum nächsten Haupt- und Finanzausschuss überarbeitet und vorstellt.

Der Ausschussvorsitzende verschiebt die Beschlussfassung des Tagesordnungspunktes auf die kommende Sitzung vom 20.06.2024.

Abstimmungsergebnis: Beratung und Beschlussfassung verschoben

Tagesordnungspunkt 6:

Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

Tagesordnungspunkt 7:

Anfragen und Mitteilungen

Es liegen weder Anfragen noch Mitteilungen vor.

Thomas Grziwotz
Vorsitzender

Norman Raupach
Schriftführer